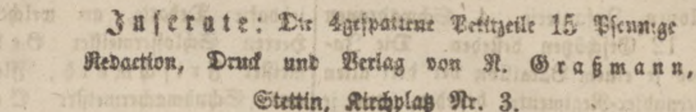
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 26. Februar 1879. Nr. 96.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung vom 25. Februar.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um $11^1/_2$ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bülow, Hofmann, v. Philippsborn, Dr. Friedberg.

Tagesordnung:

I. Dritte Berathung des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Abg. Witte (Rostock) berichtet über eine Reihe von Petitionen.

Abg. Dr. v. Bunsen spricht einige Wünsche aus in Bezug auf die schlesischen Leinenweber und den Veredelungsverkehr. Er hofft, daß durch einen neuen Handelsvertrag mit Oesterreich der schwere Schaden beseitigt werde, der auf diesem Gewerbe lastet. Redner legt sodann seinen Standpunkt zu dem Wirthschaftsprogramm des Reichskanzlers dar und erklärt sich entschieden gegen die Einführung von Schutzzöllen. Er kann sich von dem Erstaunen noch immer nicht erholen, welchen Fortgang die ganze Angelegenheit im Laufe der Verhandlungen genommen hat. Wenn Abg. v. Kardorff auf Frankreich hingewiesen habe, so erkenne er an, daß Frankreichs Wirthschaftspolitik eine protektionistische sei; aber auch Deutschland sei protektionistisch. Frankreich habe sich aber wohl gehütet, auf das Schutzzollsystem, wie es Thiers angestrebt, einzugehen. Mit dem Abg. Kardorff beklagt auch er, daß für Vicinalwege und Wasserstraßen so wenig gethan sei, aber der Schutzzoll sei nicht der richtige Weg, diesen Mangel auszufüllen. Die Schutzzölle seien nur geeignet, die wirthschaftliche [illegible] zu verschlimmern. Die Schutzzölle sollen dazu [illegible], die einheimische Produktion zu verstärken und dabei werde doch allseitig anerkannt, daß gerade die Ueberproduktion den heutigen Nothstand verschulde. Redner nimmt sodann den englischen Cobdenklub gegen die Verdächtigungen in Schutz, als ob derselbe durch Aufwendung größerer Geldmittel im Interesse Englands in Deutschland für den Freihandel Propaganda zu machen suche. Man habe sogar von einer bestimmten Summe — 50,000 Pfund Sterl. — gesprochen; das sei vollständig aus der Luft gegriffen.

Abg. v. Kardorff: Nicht er habe die Frage des Cobdenklubs in die Diskussion hineingezogen, sondern Herr Bamberger. Uebrigens habe in der „Wirthschaftlichen Korrespondenz", auf welche Bezug genommen, kein Wort von Bestechung gestanden, obgleich es Thatsache sei, daß der Cobdenklub ausländische Blätter durch Geldmittel beeinflußt. Und der Engländer sei ein viel zu guter Geschäftsmann, um eine verlorene Sache, wie die der deutschen Freihändler, auch nur mit einem Penny zu unterstützen. (Gelächter links.) Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen des Abg. Delbrück und verbleibt dabei, daß das Schutzzollsystem unserer Nachbarstaaten und ebenso auch das Nordamerikas das Darniederliegen unserer Industrie verschuldet habe. Dem Abg. Richter bemerkt Redner, daß derselbe von den Differentialtarifen weniger verstehe, wie die Abgg. Stumm und Graf Stolberg; er sollte daher mit Dilettantismus nicht so herumwerfen, wie er es gethan. Der preußischen Tradition entspreche es nicht, daß beispielsweise in 10 Jahren die Eisenzölle fünfmal gewechselt haben. Der Hauptdifferenzpunkt zwischen ihm und Delbrück bestehe aber darin, daß der letztere glaube, der gegenwärtige Nothstand sei durch die Gesetzgebung nicht zu beseitigen. Man müsse das der Zeit überlassen. In Deutschland warte man aber jetzt schon 6 Jahre, ohne daß eine Besserung eingetreten sei. Er bleibe daher bei der Meinung, daß nur auf dem von der Regierung betretenen Wege eine Abhülfe zu erwarten sei.

Abg. Dr. Delbrück erklärt darauf, daß die von ihm angegebenen Zahlen richtige seien. Es sei ihm blos darauf angekommen, nachzuweisen, daß in den letzten fünf Jahren des wirthschaftlichen Rückganges, wie der Vorredner diese Zeit bezeichnet, in Deutschland die Ein- und Ausfuhr verschiedener Artikel sich nahezu verdoppelt. Eine Aenderung des unzweifelhaft vorhandenen Nothstandes erwarte er allerdings von einer Aenderung des Zolltarifs nicht. Das sei der prinzipielle Unterschied zwischen ihm und Kardorff und er habe, um dies nachzuweisen, auf das protektionistischste Land, auf Nordamerika, verwiesen, wo der Nothstand dieselben und noch weit größere Dimensionen angenommen habe, als bei uns.

Abg. Wiggers macht Angaben über die deutsche Ausfuhr nach Frankreich an der Hand der französischen Statistik. Dieselbe sei in den Jahren von 1867 bis 1876 von 288 auf 385 Millionen Francs gestiegen. Speziell habe für Baumwollengewebe aus Deutschland sich die Einfuhr nach Frankreich gehoben von 6 auf 28 Millionen Frcs.; — für Gespinnste von 500,000 Frcs. auf $12^1/_4$ Millionen Frcs.; — für Eisen und Eisentheile von 2 auf $6^1/_2$ Millionen Frcs.; — für Bier von $1^1/_4$ auf $6^1/_4$ Millionen Frcs.; — für Maschinen von 700,000 auf 5 Millionen Frcs.; — für Werkzeuge von $2^1/_4$ auf 5 Millionen Frcs. Aus diesen einfachen Zahlen ersieht man, daß der wirthschaftliche Rückgang in den Handelsverträgen nicht seine Ursache haben kann. Auch habe er noch nie gehört, daß eine künstliche Vertheuerung aller Verbrauchsgegenstände unsere wirthschaftliche Lage aufbessern kann. Die Agitation der Schutzzöllner habe der Industrie den größten Schaden zugefügt und darum halte er es für unrecht, wenn die Schutzzöllner unter der stolzen Devise: „Schutz der nationalen Arbeit" in den Kampf eintreten. Die Bestrebungen der Schutzzöllner müssen zur nationalen Ausbeutung führen.

Die Generaldiskussion wird geschlossen.

Von dem Abg. Frhr. v. Stauffenberg ist folgender Antrag eingegangen: Den Reichskanzler aufzufordern, bei Erneuerung des Handelsvertrages mit Oesterreich auf den Schutz der verletzten Rechte Deutscher durch österreichische Eisenbahnprioritäten Bedacht zu nehmen.

In der Spezialdiskussion bringt Abg. Graf Udo zu Stolberg bei Art. 15 noch einmal [illegible] Tarifverträge zwischen den einzelnen Bahnen [illegible] Sprache, während

Abg. Rickert nach wie vor die Behauptung aufrecht erhält, daß die Differenzialtarife für Holz auf deutschen Bahnen gar nicht bestehen. Alle gegen die Bahngesellschaften wegen der Differenzialtarife erhobenen Vorwürfe seien unbegründet. Die Klagen gegen dieselben stammten daher, daß Oesterreich billigere Produktions- und Transportkosten habe. Dagegen lasse sich nichts thun. Eine Revision könnte doch nur darin bestehen, daß man deutscherseits die Tarifkosten so weit erhöht, als Oesterreich sie ermäßigt hat, und das würden selbst die Herren von der Rechten nicht wollen.

Auf eine Anfrage des Abg. Lasker erklärt der Staatsminister Hofmann, daß zwischen den beiderseitigen Regierungen über die Ausführung des Art. 15 Verhandlungen schweben.

Art. 15 und ebenso die übrigen Artikel des Vertrages werden genehmigt und sodann der Vertrag im Ganzen einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr die oben erwähnte Resolution des Abg. v. Stauffenberg zur Berathung.

Staatsminister Hofmann: Ich habe bereits in der zweiten Lesung die Erklärung abgegeben, daß es nicht in der Absicht der Regierung liege, den Art. 17 bei Erneuerung des Vertrages wieder aufzunehmen. Ich kann mich aus denselben Gründen mit dem Vorschlag der Resolution nur einverstanden erklären.

Die Resolution wird hierauf angenommen.

II. Erste Berathung der allgemeinen Rechnung über den Haushalt des deutschen Reiches für das Jahr 1874.

Die Vorlage geht an die Rechnungs-Kommission.

III. Erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen.

Staatssekretär Dr. Friedberg leitet die Berathung ein, indem er darauf verweist, daß die gegenwärtige Vorlage im Wesentlichen die Bestimmungen rekapitulire, welche die frühere Vorlage enthalte.

Abg. Dr. Reichensperger (Crefeld) ist verhältnißmäßig von dem jetzigen Entwurf befriedigter als von dem vorjährigen. Ueber die Bedürfnißfrage herrsche dem immer unerträglicher werdenden Fälscherunwesen gegenüber kein Zweifel mehr. Der Entwurf betone nur die Prävention zu sehr, die Repression zu wenig. Das Recht der Haussuchung z. B., an sich schon höchst bedenklich, wird mit der größten Schonung und Vorsicht ausgeführt werden müssen, da schon der bloße, durch die Thatsachen nachher als grundlos erwiesene Verdacht die Prosperität eines Kaufmanns schwer zu schädigen geeignet sei. Ferner sei das einseitige Verordnungsrecht des Bundesraths durchaus nicht zu billigen. Ueberhaupt möge man nicht schon zu Anfang mit einem zu großen Apparat vorgehen, sondern möglichst die praktische Betheiligung des Publikums von oben herab ermuthigen, nicht aber dessen Aktion durch verdächtigende Beiwörter wie „Denunciation" und dergleichen von vornherein lähmen. Die Vorlage enthalte eine Menge praktischer Winke, denen die größte Verbreitung zu wünschen wäre. Giebt man diesen Angaben die entsprechende Publizität, so würde die Verfälschung eines Gegenstandes durch sogenannte Hausmittelchen von jeder Hausfrau erkannt werden können. Besonders müsse man wünschen, daß gesetzlich eine Definition von Wein, Bier, Milch, Chocolade u. s. w. gegeben werde, sonst möchte das Gesetz zum Gegenstand nie endender Kontroversen werden. Redner bittet, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Nachdem sich noch die Abgg. Staudy und Dr. Zimmermann in ähnlichem Sinne geäußert, wird die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Weltpostvertrages, des Uebereinkommens, betreffend den Austausch von Briefen mit Werthangabe, und des Uebereinkommens, betr. den Austausch von Postanweisungen.

Generalpostmeister Dr. Stephan hebt kurz Hauptpunkte, vor Allem die erweiterte Ausdehnung des Welt-Postvereins, hervor. Ein weiterer Fortschritt ist die volle Vereinheitlichung des Portosatzes auf 25 Centimes für einfache Briefe, die in Paris ermöglicht wurde. Ferner sind die verschiedenen Seeportosätze durch das Entgegenkommen Englands erheblich ermäßigt und auf einen Satz reduzirt worden. Vom 1. April d. J. ab wird das Porto für den Brief 20 Pf., für die Postkarte 10 Pf., für die Drucksache 5 Pf., mit verschwindenden Ausnahmen für alle Länder der Erde betragen. (Bravo!) Ein weiteres Gebiet hat der Verein noch angebaut, nämlich den Austausch von Postanweisungen und Briefen mit Werthangabe, über welchen gesonderte Verträge Ihnen vorgelegt werden. Der französischen Regierung muß hierbei für ihr Entgegenkommen der wärmste Dank gezollt werden.

Abg. Meyer (Bremen): Der vorliegende Vertrag verdient die vollste Anerkennung, vor Allem aber will ich meinen Dank hier dem Leiter unseres Postwesens aussprechen, da er dem Plane des Vertrages die erste Anregung und die lebhafteste Unterstützung hat zu Theil werden lassen.

Hierauf wird die Generaldiskussion geschlossen und ohne Spezialdiskussion die Vorlage angenommen.

Hiermit ist die Tagesordnung erledigt.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Stumm wegen Errichtung von Arbeiterpensions- und Altersversorgungskassen, Interpellation Hertling wegen Abänderung des Haftpflichtgesetzes.

Deutschland.

** Berlin, 25. Februar. Die Zoll-Tarif-Kommission, welche mit dieser Woche in die Berathung der Zölle auf Getreide, Vieh und Eisen eingetreten ist, hat in der gestrigen Sitzung bereits wichtige Beschlüsse gefaßt. Wann die Kommission ihre Arbeiten beendigen wird, läßt sich heute noch nicht übersehen; die Meldung der „Weser-Ztg.", Freiherr von Varnbüler habe sich dahin ausgesprochen, die Kommission müsse bis zum 1. März ihre Arbeiten erledigen, ist ohne Begründung.

Für die erledigte Oberpräsidentenstelle in Danzig wird in der Presse eine ganze Kandidatenliste aufgestellt, auf welcher jedoch, wie versichert wird, der richtige Name sich nicht befindet. Die Ernennung dürfte übrigens in ganz kurzer Zeit veröffentlicht werden. Ebenso höre ich, daß die Bestätigung des zum Ober-Bürgermeister in Breslau gewählten Justizraths Friedensburg nicht mehr bezweifelt wird.

Im Reichskanzleramt ist eine Denkschrift ausgearbeitet worden, welche die gesetzliche Regelung der Wanderlager und Waarenauktionen behandelt. Dieselbe wird demnächst dem Bundesrath zur weiteren Veranlassung vorgelegt werden.

In Bezug auf die ebenso wichtige wie schwierige Angelegenheit einer gleichmäßigen Normirung der für die Erhebung der Zölle und Verbrauchssteuern von den einzelnen Bundesstaaten zu beanspruchenden Erstattungskosten haben in letzter Zeit vielfache Erörterungen stattgefunden, die jetzt in ein Referat zusammengefaßt sind, welches dem Bundesrath vorliegt und den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen überwiesen ist.

Eine Vergleichung der Einnahmen von Zöllen und Verbrauchssteuern im deutschen Reich für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1878 mit denselben im Jahre 1877 ergiebt, daß im Jahre 1878 weniger eingenommen wurden 5,869,435 Mark und daß diese Differenz hauptsächlich in der Mindereinnahme von Zöllen, welche allein sich auf 3,532,987 Mark beläuft, und an Rübenzuckersteuer, deren Mindereinnahme 4,096,097 Mark beträgt, liegt. Die Totaleinnahme betrug 1878 174,314,408 Mark gegen 180,183,843 Mark im Vorjahre.

Nach der vom Reichseisenbahnamt veröffentlichten Uebersicht der Betriebsergebnisse der deutschen Eisenbahnen (excl. Bayerns) im Januar d. J. stellt sich auf den 88 Bahnen, welche vom 1. Januar 1878 bis 31. Januar 1879 im Betriebe waren, die Einnahme aus allen Verkehrszweigen bei 38 höher, bei 50 niedriger und die Einnahme pro Kilometer bei 35 Bahnen höher, bei 53 Bahnen niedriger als in demselben Monat des Vorjahres.

Bei den unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen betrug Ende Januar d. Js. das gesammte konzessionirte Anlagekapital 1,242,369,800 Mark, darunter 408,495,900 Mark Stammaktien, 44,595,000 Mark Prioritäts-Stammaktien und 789,278,900 Mark Prioritäts-Obligationen. Die Länge derjenigen Strecken, für welche dieses Kapital bestimmt ist, betrug 4474,93 Kilometer, so daß auf je einen Kilometer 277,629 Mark entfallen.

Die juristische Fakultät der Universität Leipzig hat am 21. Februar, dem 100jährigen Geburtstage v. Savignys, folgende Herren zu Ehrendoktoren ernannt: den sächsischen Justizminister Abeken, den Präsidenten des Dresdener Oberappellationsgerichts v. Weber, den Vicepräsidenten desselben Gerichts Otto, den Vicepräsidenten des Reichsoberhandelsgerichts zu Leipzig Hocheder, den Reichsoberhandelsgerichtsrath Wiener, den Kais. Geh. Oberregierungsrath Hagens im Reichsjustizamt, den Geh. Oberfinanzrath Rüdorf im preußischen Finanzministerium, den preußischen Obertribunalsrath Struckmann. In der betreffenden Ankündigung heißt es, daß die Promovirten sich im Sinne v. Savigny's um die Ausbildung der Rechtswissenschaft in Theorie und Praxis gleich verdient gemacht haben.

Berlin, 25. Februar. Während des gestrigen Abends wurde noch sehr eifrig an der Ausschmückung der Garnison-Kirche für die heute stattfindende Leichenfeierlichkeit für den verstorbenen Generalfeldmarschall Grafen v. Roon gearbeitet. Der Altar ist von hochstämmigen Blattpflanzen rings garnirt und auf einem hohen schwarzen Katafalk erhebt sich der weiße Metallsarg, in dem die Leiche des verstorbenen Generalfeldmarschalls schlummert und in dem sie, nachdem der Sarg mit einer hölzernen Hülle umgeben ist, nach der Herrschaft Crobnitz überführt werden wird. Gestern Vormittag war der Hofmarschall des Kaisers, Graf Perponcher, mit dem ältesten Sohne des Verstorbenen, Oberst Waldemar v. Roon, persönlich in der Garnisonkirche, um alle Anordnungen zu treffen. Die Trauerfeierlichkeit findet auf Kosten des Kaisers statt, der dadurch seiner Dankbarkeit gegen den Verstorbenen Ausdruck zu geben wünscht. Wir möchten bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß der Kaiser, nachdem er die Nachricht von dem Ableben des General-Feldmarschalls empfangen hatte, der Wittwe einen Besuch gemacht (es ist dies bisher noch nicht bekannt worden), um ihr sofort sein herzliches, inniges Beileid auszudrücken. Erst am nächsten Tage erfolgte die offizielle und militärische Meldung vom Ableben des Grafen an den Kaiser durch den ältesten Sohn desselben. — An den vier Enden des Sarges stehen in der Garnisonkirche hohe Kandelaber mit Wachslichtern, die während der Feier brennen werden. Bisher ist die Leichenwache in der Garnisonkirche von Garde-Unteroffizieren gehalten worden. Zu Füßen des Sarges liegen auf einem Kissen die vielen Orden des Verstorbenen, darunter der Schwarze Adlerorden in Brillanten. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch noch erwähnen, daß das Fideikommiß, das s. Z. aus den Dotationen des Jahres 1866 und 1870 gebildet ist und zu dem auch die Rittergüter Crobnitz und Döbschütz bei Reichenbach und Neuhof bei Coburg gehören, auf den ältesten Sohn des Grafen übergeht. — Die Trauerfeier findet, wie bereits gemeldet, heute um 11 Uhr in

der Garnisonkirche statt. Die Leichenparade wird aus 3 Bataillonen Infanterie, 4 Schwadronen Kavallerie und 12 Geschützen bestehen. Die Infanterie wird aus je einem Bataillon der drei alten Garde- bez. Grenadier-Regimenter bestehen, aus je einem Bataillon des 2. Garde-Regiments zu Fuß, des Kaiser-Alexander- und des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments. Die Garde-Feld-Batterien stellen 12 Geschütze. Die Leichenparade wird der General-Major v. Leszczynski, Kommandeur der 4. Garde-Infanterie-Brigade, kommandiren. Als Regiments Kommandeur bei der Infanterie fungirt der Oberst v. Wussow, Kommandeur des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, bei der Kavallerie der Oberst Freiherr v. Locquenghien, Kommandeur des Garde-Kürassier-Regiments. — Als bewegliche Chaine zur rechten Seite des Zuges wird ein Kommando des Garde-Füsilier-Regiments z. F. marschiren. Nach der Trauerfeier in der Kirche, während deren die Truppen im Lustgarten Stellung behalten, den linken Flügel gegenüber dem Predigerhause der Garnisonkirche, nimmt der Leichenzug folgenden Weg: über die Friedrichsbrücke, durch den Lustgarten, Schloßfreiheit, die Breite-, Roß-, Neue Roß-, Dresdener Straße, den Oranienplatz, die Oranien- und die Wiener Straße nach dem Görlitzer Bahnhofe. Die sämmtlichen Offiziere der Garnison, soweit sie nicht dienstlich behindert sind, haben sich um $10^3/_4$ Uhr in der Garnisonkirche einzufinden. Eine Deputation des ostpreußischen Füsilier-Regiments Nr. 33, dessen Chef der verstorbene General-Feldmarschall Graf von Roon gewesen, ist unter Führung des Kommandeurs des Regiments, Obersten v. Wülcknitz, zur Beiwohnung der Trauerfeierlichkeiten hier eingetroffen. Die Armee legt am 26. Februar, dem Beisetzungstage des verstorbenen General-Feldmarschalls, die Trauer um denselben für drei Tage an.

Provinzielles.

Stettin, 26. Februar. Gestern Abend fand im großen Saale des alten Rathhauses wiederum eine Versammlung der Vorstände der Innungen statt, welche sehr zahlreich besucht war, aber sich leider bald nach Beginn so tumultuarisch gestaltete, daß Polizei zu Hülfe geholt werden mußte, um einige Ruhestörer zu entfernen, welche jedoch, was wir hervorheben wollen, keine Mitglieder von Innungen waren. Wegen dieses unerquicklichen Vorgangs verließen einige Herren, welche sich lebhaft für die Handwerkerfrage interessiren, wie Herr Rathszimmermeister Kämmerling, die Versammlung, ehe noch in die Debatte eingetreten war. Nachdem die Ruhestörer entfernt waren, verlief die Versammlung in der größten Ruhe. Der Vorsitzende, Herr Tischlermeister Achilles, theilt mit, daß die statistischen Aufzeichnungen über die Innungen eingegangen seien. Danach bestehen in Stettin 20 Innungen, von denen einige bereits mehrere Jahrhunderte begründet sind, mehrere auch, wie die Fleischer- und Schuhmacher-Innung, ein großes Vermögen besitzen. In Stettin und Grabow wohnen nach dem Adreßbuch 2316 selbstständige Gewerbetreibende, in den 20 Innungen sind jetzt in Stettin 1286 selbstständige Gewerbetreibende. Durch diese Zahlen sieht man, daß in unserer Stadt das Innungswesen durchaus nicht ausgestorben ist, es also auch nicht einer Neubildung, sondern nur einer gesetzlichen Regelung der Innungen bedarf. Der Vorsitzende empfiehlt in Folge dessen folgende Resolution an den Reichstag: „In Erwägung, daß das gegenwärtige Gewerbegesetz den Innungen keinen Anhalt bietet, eine intellektuelle und materielle Hebung des Gewerbe- und Handwerkerstandes herbeizuführen, da auch die neueste Abänderung desselben, vom Juni 1878, demselben hierzu keine solche Rechte zugesteht, welche derselbe zur Herbeiführung besserer Verhältnisse bedarf, beschließt die Versammlung: unter dankbarer Anerkennung der wohlwollenden Absicht des Herrn Ministers eine Abänderung ihrer bisherigen Innungsstatuten nicht in Vorschlag zu bringen, vielmehr hier auszusprechen, daß eine Hebung des Gewerbe- und Handwerkerstandes nur dann möglich ist, wenn den Innungen Befugnisse eingeräumt werden, welche sie befähigen, das vorgesteckte Ziel auch wirklich zu erreichen, zu welchen Befugnissen wir rechnen 1) daß den Innungen das Ein- und Ausschreiben aller Lehrlinge im Gemeindebezirke, die Ueberwachung der Lehre, die Prüfung derselben, die Ernennung zum Gesellen, die Kontrolle der ordnungsmäßigen Führung der gesetzlichen Legitimation, sowie die Wahl der Prüfungs-Kommissions- und Schiedsgerichts-Mitglieder zusteht; 2) daß jeder Arbeitnehmer eine gesetzliche Legitimation zu führen hat, welche Beginn und ordnungsmäßigen Schluß des Arbeits-Kontraktes bekundet; 3) daß kein Gewerbetreibender einen Gesellen oder Gehülfen in Arbeit stellen darf, der sich nicht über ordnungsmäßige Lösung seines Arbeitsverhältnisses ausweisen kann; 4) daß gewerbliche, mit exekutivischer Gewalt ausgestattete Schiedsgerichte, zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehend, eingerichtet werden; 5) daß behufs Abnahme von Meisterprüfungen, welche fakultativ statthaben können, Prüfungs-Kommissionen unter Aufsicht eines Staats- oder Gemeinde-Kommissarius eingesetzt werden. — Herr Fleischermeister Lüdtke tadelt zunächst, daß die „Neue Stettiner Zeitung" in ihrem Berichte über eine frühere Versammlung seine Rede vollständig entstellt und gerade das Gegentheil berichtet habe, was er gesprochen; es sei doch bedauerlich, wenn solche unwahren Berichte der Oeffentlichkeit übergeben würden. Redner spricht sodann gegen die Annahme der Resolution, dieselbe sei auf alle Fälle noch verfrüht und entspreche durchaus nicht dem Erlasse des Handelsministers, vielmehr müsse man jetzt noch auf die Selbsthülfe bauen, später wäre vielleicht eine derartige Resolution am Platze. Ueber die einzelnen Punkte der Resolution entspinnt sich sodann eine lebhafte Debatte, an welcher sich besonders die Herren Schlossermeister Behrend, Schneidermeister Frischmuth, Fleischermeister Lüdtke und Schuhmachermeister Schwarz betheiligen. Darauf wird die Resolution angenommen, auch beschlossen, in den Städten der Provinz bei den Innungen die Abfassung einer gleichen Resolution anzuregen. — Der zweite Punkt der Tagesordnung, „Vorlage eines hier zu erlassenden Ortsstatuts", mußte wegen vorgerückter Zeit für eine spätere Versammlung vertagt werden.

Schließlich wollen wir noch auf einen Fehlgriff des Vorsitzenden aufmerksam machen, welcher leicht der Sache hätte schaden können und jedenfalls auf den Unparteiischen einen sonderbaren Eindruck machte. Herr Achilles, der, wie Jedermann anerkennen muß, an der Bildung und gesetzlichen Regelung des Innungswesens thatkräftig Antheil nimmt, hatte in der gestrigen Versammlung die Resolution bereits fertig zur Unterschrift vorliegen; als Passus 5 derselben eine sehr lebhafte Debatte hervorrief, ein Zusatz dazu beantragt war und sich Herr Lüdtke nochmals zum Wort gegen diesen Punkt meldete, scheint der Vorsitzende befürchtet zu haben, daß ein Zusatz angenommen werden und dadurch die fertige Resolution zur Unterschrift untauglich werden könnte; er rief deshalb dem Klempnermeister Cäsar Schmidt zu, derselbe möge Schluß beantragen, was dieser auch diensteifrig that und der von der Versammlung auch angenommen wurde. Als trotzdem die Versammlung beschloß, Herrn Lüdtke zu hören, bat der Vorsitzende, die Versammluug möge doch die Resolution in der jetzigen Fassung annehmen, „um nicht ein Loch hinein zu bringen", da sie doch nun einmal so geschrieben sei und bald unterschrieben werden müsse. — Wir glauben auf jeden Fall, daß solche Manöver des Vorsitzenden, so gut sie gemeint sein mögen, der guten Sache leicht schaden können.

— Dem Althändler Gurau wurden am Montag Nachmittag aus seinem Geschäftslokale Beutlerstraße 7, folgende Gegenstände gestohlen: eine kleine Cylinderuhr, eine flache Cylinderuhr mit Goldrand und eine große Cylinderuhr mit Goldrand und Sekundenzeiger, sowie zwei Mark baares Geld aus einem offenen Pult. Der Verdacht lenkt sich auf zwei Männer, welche bei Gurau Stiefeln gekauft.

— Auch die Glas-Industriellen Pommerns, sowie Ost- und Westpreußens haben an den Fürsten Reichskanzler eine Zustimmungsadresse gerichtet.

— Berlin-Kölnische Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft. Die Gesellschaft wird für 1878 nach reichlicher Dotirung des Reserve- und Sparfonds eine Dividende von $7^1/_2$ pCt. gegen 6 pCt. im Vorjahre zur Vertheilung bringen. Das im vergangenen Jahre erzielte Reinerträgniß würde die Bezahlung einer wesentlich höheren Dividende gestatten, wenn man nicht maßgebenderseits ein Hauptgewicht auf die größtmöglichste Konsolidirung der Gesellschaft legte. Der Aufsichtsrath hat ferner beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft auf die in dem § 4 des Statuts vorgesehene Höhe von 9,000,000 M. zu bringen, also 3,000,000 M. Aktien neu zu emittiren. Der Vorstand wurde ermächtigt, sofort nach Eingang der staatlichen Genehmigung und Eintragung in das Handelsregister mit den Maßregeln der Emission der dritten Million Thaler Aktien vorzugehen. Der dabei allein im Auge behaltene Zweck einer noch solideren Fundirung der Gesellschaft rechtfertigt allein diese Maßregel vollständig. Der Emissionscours ist auf 105 pCt. festgesetzt, und zwar ohne Zinsanrechnung. Die neuen Aktien participiren am Gewinn des Geschäftsjahres 1879. Der durch das Agio erzielte Gewinn wird zur Vermehrung der Gesellschaftsreserven verwendet werden.

♂ **Zempelburg**, 24. Februar. Kein geringes Aufsehen erregten hier jüngst zwei Kriminal-Prozesse in Flatow gegen den Chef unseres Magistrats wegen Beamten-Beleidigung. Gewisse Aeußerungen über das hiesige Richter-Personal sollen die Motive zu der betreffenden Untersuchung geboten haben. Nachdem das bezügliche Kollegium in der einen Sache auf Freisprechung erkannt hatte, verurtheilte es unseren Bürgermeister Mewis in der anderen Sache zu 50 Mark Geldstrafe und den Kosten. Die Appellation soll bereits im Gange sein. Die fraglichen Prozesse weckten unter den gebildeten Ständen unserer Bevölkerung die schmerzliche Erinnerung daran, wie schwer es demjenigen Beamten fällt, seines Unwillens und seiner Entrüstung jeder Zeit Herr zu bleiben, wo seine Anträge als Polizeianwalt dem Polizeirichter gegenüber fast regelrecht auf Oppositionen stoßen, deren Zulässigkeit oder Unzulässigkeit meist erst durch Rekurse und Appellationen festgestellt werden müssen. Natürlich platzen in solchen Fällen die Erklärungen härter aufeinander, als es die gewöhnlichen Höflichkeits-Rücksichten sonst mit sich bringen. Unser Ort rechnet es sich deshalb zum Glücke an, daß bei Einführung des neuen Gesetzes am 1. Oktober d. J. eine neue Aera auf diesem Felde der amtlichen Thätigkeit sich erschließen wird. — Schlag auf Schlag gingen bei der allgemeinen Geschäftskrisis und namentlich bei der Billigkeit des Getreides in der Umgegend hier bereits mehrere, bis dahin anscheinend trefflichst situirte größere Besitzer Schulden halber ganz plötzlich ihres Eigenthums verlustig. So jüngst nur wieder einer in Obodowo, der über ein Areal im Werthe von 50,000 Mark disponirte; der Ruin vieler anderer Landbesitzer steht bevor. Auch unsere Gegend fragt deshalb mißgestimmt: „Wie soll das Alles enden?" — Ein höchst possirliches, wenn auch zum Theil unverständliches Andenken ließ dieser Tage ein Ackerwirth seinen Gläubigern zurück. Derselbe hat eiligst und unverhofft seine ganze Habe, Pferde Wagen, Möbeln, verkauft und ist nach Amerika geflohen, nachdem er mit Kreide auf die Thür geschrieben:

„Erst, wenn ein zweiter Fritze kommt
Behalt' ich meine Hosen.
Die Ehrlichkeit heut' wenig frommt,
Ich geh' zu den Franzosen!"

Cammin, 24. Februar. Am Donnerstag Abend rettete mit eigener Lebensgefahr ein Mädchen von 17 Jahren zwei Personen vom Tode des Ertrinkens. Der Dachdecker Ramin von hier wollte, in Begleitung seiner Frau und deren Schwester, sowie eines Schlittens, welcher mit einem Hunde bespannt war, Abends $7^1/_2$ Uhr von Polchow kommend, nach Hause. R. ging mit dem Schlitten voraus, seine Frau und das Mädchen gingen hinter ihm her. Letztere warnte mehrere Male, mehr rechts zu gehen, damit sie der Fähre nicht zu nahe kämen, jedoch vergeblich, denn mit einem Mal brach das Eis und Mann, Schlitten und Hund waren unter Wasser; die Frau wollte ihren Mann heraus holen, aber auch sie folgte ihm in das nasse Element. Da warf sich das Mädchen platt auf das Eis, erfaßte den Rock der Frau und, rückwärts kriechend, zog sie mit der größten Kraftanstrengung ihre Schwester aus dem Wasser und demnächst mit dieser auch den p. Ramin. — Letztere Beiden wären ohne den Muth und die Besonnenheit des Mädchens unrettbar untergegangen. — Alle drei gingen jetzt auf ein Licht zu und kamen halb erfroren in dem Dorfe Gristow an, woselbst sie von barmherzigen Leuten in Betten gebracht wurden. Am anderen Morgen erhielten sie trockene Kleidung und gingen mit mehreren Fischern an die Unglücksstätte, woselbst sie den Hund noch auf dem Eise, dicht bei dem Loche, laut heulend vorfanden. Dieselben holten jetzt mit Stangen und Netzen den Schlitten wieder heraus; auch gelang es ihnen, noch andere Gegenstände zu bergen.

Stolp, 24. Februar. Die bereits erwähnte, vom Vorsteheramte der hiesigen Kaufmannschaft an den Reichstag gerichtete Petition lautet: „In allen Handel und Schifffahrt treibenden Kreisen an der Ostseeküste hat die nach dem veröffentlichten Schreiben Sr. Durchlaucht des Fürsten Reichskanzlers vom 15. Dezember v. J. in Aussicht genommene Aenderung der bisherigen Reichszoll- und Wirthschafts-Politik eine tiefgehende Erregung und ernste Besorgniße für das Gedeihen und die Fortentwickelung des Handels in unserer Provinz hervorgerufen. Viele Kundgebungen der einzelnen Städte und kaufmännischen Korporationen in Adressen und Petitionen an den Fürsten Reichskanzler, den Bundesrath und den Reichstag geben Zeugniß dafür und auch wir glauben, mit unserer aus unseren Erfahrungen geschöpften Meinung nicht zurückhalten zu sollen, daß unser Handel bei allgemeiner Durchführung des Schutzzollsystems ganz erheblich geschädigt und gefährdet werden muß. Insbesondere befürchten wir, daß mit Einführung von Getreide-, Holz- und Kohlenzöllen sowohl unsere Schifffahrt als die in hiesiger Gegend sich entwickelnde Industrie so nachhaltige Schädigungen erleiden dürfte, daß dieselben kaum zu verwinden sein werden, jedenfalls sehr viel schwerer als die gegenwärtige — nach unserer Ansicht nicht als Folge der bisherigen Wirthschafts-Politik eingetretene, sondern auf einer fortgesetzten Ueberproduktion in vielen Industriezweigen beruhende — allgemeine Geschäftsstockung. Wir sind der Ueberzeugung, daß die für die Bedürfnisse der Reichsverwaltung erforderlichen Mehreinnahmen sich durch Einführung von Finanzzöllen mit weniger materiellen Nachtheilen für ausgedehnte Gebiete des Reiches werden beschaffen lassen als durch die Aenderung der bisherigen Wirthschafts-Politik und bitten wir deshalb ehrerbietigst: der hohe Reichstag wolle sich gegen die Annahme allgemeiner Schutzzölle aussprechen."

Vermischtes.

— Ein fünfzehnjähriges Mädchen in einem Flecken bei Basel verschluckte im Laufe des vorigen Sommers beim Fallen eine sogenannte englische Sicherheitsnadel. Es traten schnell Heiserkeit, Stimmlosigkeit, große Schwierigkeit beim Schlucken und heftige Schmerzen im Halse ein. Schleunigst angestellte Versuche, die Nadel zu entfernen, mißlangen. Im Laufe von 8 Tagen schwanden die heftigen Schmerzen und es blieb nur fast völlige Stimmlosigkeit zurück. Nach etwa $4^1/_2$ Monaten brachte man das Mädchen zu einem bewährten Arzte für Kehlkopfkrankheiten. Dieser entdeckte mittelst des Kehlkopfspiegels im Kehlkopf die Nadel, deren vorderes spitzes Ende frei in demselben zu sehen war — es hatte diese also den Kehlkopf durchbohrt — während das Oesenende in der Speiseröhre lag. Das freie Ende der Nadel wurde nun mit einer Pincette gefaßt und nach unten geschoben, so daß die Spitze wieder in die Speiseröhre zurücktrat, worauf die Entfernung gelang.

— In einer Soiree, welche vorgestern im Salon des Musikdirektors E. in Berlin zu Ehren des anwesenden Komponisten Rubinstein stattfand, ereignete es sich, daß, als dieser eben eines seiner Klavierwerke vortrug, plötzlich die Gattin des Professors B., des berühmten Malers, ohnmächtig zu Boden sank. Der in Gesellschaft anwesende Geheimrath L. leistete die erste Hülfe, mit welcher es auch gelang, die Dame wieder soweit herzustellen, daß sie nach ihrem Hause gebracht werden konnte. Als am gestrigen Morgen in das Haus des Musikdirektors E. gesandt und das Sammetkleid, welches die Erkrankte abgelegt hatte, abgefordert wurde, war dieses bereits abgeholt und zwar wahrscheinlich in betrügerischer Absicht.

— Ueber einen höchst bedauerlichen Unglücksfall wird uns folgendes berichtet: Das Dienstmädchen einer in der Französischen Straße wohnenden Herrschaft war gestern Nachmittag in der Küche damit beschäftigt, einiges Kochgeschirr zu scheuern, und benutzte hierzu Oleum. Zufällig war das dreijährige Töchterchen der Herrschaft in der Küche und sah dem „Blankmachen" zu. Unglücklicherweise spritzte ein Tropfen dieser scharfen Säure dem armen Kinde in das linke Auge, und mit einem lauten Schrei fiel es, von Schmerz überwältigt, zu Boden. Das Dienstmädchen machte den nichts ahnenden Eltern von dem traurigen Vorfall sofort Mittheilung und ein schnell herbeigerufener Augenarzt konstatirte, daß das verletzte Auge unrettbar verloren sei und das andere ebenfalls in Gefahr stehe.

— Eine unterbrochene Hochzeitsreise. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Am Freitag war ein neuvermähltes Paar hier angekommen und in einem Gasthofe abgestiegen. Am nächsten Morgen erschien ein junger Mann an einem nach der Straße belegenen offenen Fenster desselben, vollständig angekleidet, den „Cylinder" auf dem Kopfe und rief den sich alsbald ansammelnden Passanten zu: „Ich bin Euer Heiland und vom Himmel gesandt, Euch Alle frei zu machen!" — Es war der junge Ehemann, der irrsinnig geworden war; er wurde bis zur Ankunft seiner telegraphisch benachrichtigten Verwandten polizeilich beaufsichtigt.

Literarisches.

Gaea. Natur und Leben. Zeitschrift zur Verbreitung naturwissenschaftlicher und geographischer Kenntnisse, sowie der Fortschritte auf dem Gebiete der gesammten Naturwissenschaften. Fünfzehnter Jahrgang 1879. Es dürfte überflüssig sein, ein Wort zur Empfehlung einer Zeitschrift zu sagen, die, wie die „Gaea", seit 14 Jahren bei allen Freunden und Förderern der Naturwissenschaften rühmlichst bekannt ist; die durch Gediegenheit und Reichhaltigkeit ihres Inhalts einzig in ihrer Art dasteht und sich unter ihren zahlreichen Lesern im In- und Auslande, in Europa wie in Amerika, wahrhaft begeisterte Freunde und Anhänger erworben hat. Die neueren Forschungen werden in allgemein verständlichen, aber nichtsdestoweniger auf strengwissenschaftlicher Basis ruhenden, abgerundeten Artikeln dem Leser vorgeführt und zwar thunlichst so, daß hierbei die ganze Entwickelung des behandelten Gegenstandes dargestellt wird. Die neueren Forschungen und Entdeckungen bilden ein stehendes Kapitel in jedem Hefte der Gaea.

Wir machen unsere Leser auf dies treffliche Journal wiederholt aufmerksam.

Das Schachspiel. Anleitung zur gründlichen Erlernung desselben von J. Horwitz. Unter diesem Titel ist im Verlage von Siegfried Cronbach, Berlin, Zimmerstraße 91, ein billiges Schachbüchlein (Preis 1,25 M.) erschienen, das die Elemente des Schachspiels sehr ausführlich und faßlich darlegt und in das praktische Spiel durch ausgewählte Fintenspiele des Calabresen Greco einführt, welche für Anfänger besonders lehrreich sind, weil sie zahlreiche immer wiederkehrende Pointen behandeln. Wir können diese Anleitung außerdem noch wegen der darin enthaltenen Musterspiele vom Pariser Schachturnier 1878 allen Schachfreunden bestens empfehlen.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 25. Februar. Die durch das gestrige Schneewetter auf den sächsischen Bahnen herbeigeführten Störungen sind erst theilweise gehoben, mit Leipzig ist ein Geleise frei, ebenso mit Chemnitz. Auch die Berliner Züge sind heute verspätet eingetroffen.

Wien, 25. Februar. Die „Polit. Corresp." veröffentlicht folgende Meldung:

Aus Konstantinopel: Der französische Botschafter hat gestern dem Großvezir auf's Neue dringende Vorstellungen wegen der in den Verhandlungen mit Griechenland eingetretenen Stockung gemacht.

Kopenhagen, 25. Februar. Die Eisverhältnisse im Sund sind unverändert. Die ausländischen Posten sind, da wegen des Schneewetters große Störungen im Eisenbahnverkehr auf Jütland und Fünen eingetreten sind, ausgeblieben. Der große Belt ist eisfrei.

Petersburg, 25. Februar. Hiesigen Zeitungen ist eine Erklärung des Berliner Bankhauses S. Bleichröder zugegangen, welche einige in dem Prozeß Juchanzeff gemachte Angaben widerlegt. Das Berliner Haus erklärt auf das Bestimmteste, daß es mit Juchanzeff in keinerlei Beziehungen gestanden, ihm niemals irgend welche Kommission gezahlt habe, weder anläßlich Pfandbriefs-Subskriptionen, noch gelegentlich irgend anderer Geschäfte.

Konstantinopel, 25 Februar. Regierungsseitig wird mitgetheilt, daß die Berichte des von der Pforte nach dem Pestgebiete in Rußland abgesendeten Spezialarztes durchaus beruhigende seien, und daß nach den offiziellen Berichten der türkischen Konsuln in Rußland, weder im südlichen Rußland, noch auch namentlich an dem Litorale des schwarzen Meeres irgend eine Spur von Pest vorhanden sei. Nichtsdestoweniger würden die gegen die aus Rußland kommenden Provenienzen angeordneten Vorsichtsmaßregeln noch in Kraft bleiben. Außerdem sei in Bulgarien und Ostrumelien durch die Wiederherstellung türkischer Sanitätsbehörden in Bourgas und Varna den Bestimmungen des internationalen Gesundheitskongresses entsprochen worden. Rußland sei seinerseits dem Gesuch der türkischen Regierung, in den vier Hauptstädten der Balkanprovinz Aerzte zur Organisation eines medizinischen Beobachtungsdienstes anzustellen, bereitwilligst entgegengekommen. In Asien würden die türkischen Grenzen durch einen erfahrenen Arzt, welcher einen medizinischen Spezialdienst leite, überwacht.